



## Das BAföG auf die Höhe der Zeit bringen

Seit über 50 Jahren sorgt das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) dafür, dass junge Menschen aus einkommensschwachen Familien unabhängig vom Geldbeutel der Eltern ihren individuellen Bildungsweg nach Neigung, Eignung und Leistung gehen können. Die vielen Menschen in Deutschland, die über das BAföG in den vergangenen Jahrzehnten gefördert worden, haben die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland maßgeblich geprägt. Das BAföG steht auch heute für das Versprechen „Aufstieg durch Bildung“ und ist Garant für Chancengerechtigkeit in der Bildungsbiografie. Dieses Versprechen immer wieder zu erneuern und auf die sich verändernden Lebensrealitäten anzupassen, ist Aufgabe des Deutschen Bundestages. Klar ist, dass in allererster Linie Eltern für den Unterhalt ihrer Kinder zuständig sind, sofern die Höhe ihres Einkommens dies zulässt. BAföG ist eine Sozialleistung und soll es auch bleiben. Anspruch und Wirklichkeit klaffen bei der Ampel beim BAföG weit auseinander. Der vorliegende Gesetzentwurf der Regierungskoalition bleibt inhaltlich weit hinter dem Versprechen aus dem Koalitionsvertrag, das BAföG grundlegend zu reformieren, zurück. Die letzte Erhöhung der Bedarfssätze inklusive des Wohnkostenzuschusses fand vor zwei Jahren statt.

Ebenso gibt der Gesetzentwurf keinen neuen Schwung für die dringend erforderliche vollständige Digitalisierung des BAföG-Antragsverfahrens. Die Wartezeiten in den BAföG-Ämtern sind aktuell viel zu lang. Die Ampelkoalition ignoriert das Problem und verliert sich, anstelle das Problem zu lösen, in Schuldzuweisungen an die Länder. Insbesondere durch eine vollständige Digitalisierung kann eine spürbare Beschleunigung der Antragsbearbeitung und damit eine schnellere Unterstützung bedürftiger junger Menschen erreicht werden.

Die Unionsfraktion fordert daher in einem Antrag an den Deutschen Bundestag, dass die Regelsätze vor dem Hintergrund steigender Lebenshaltungskosten und einer hohen Inflationsrate bedarfsgerecht auszugestaltet werden. Die Höhe der BAföG-Regelsätze ist künftig aus Sicht der CDU/CSU regelmäßig durch eine unabhängige Kommission auf Angemessenheit hin zu überprüfen. Außerdem will die Union die Festsetzung der Wohngeldsätze reformieren und einen Wohnkostenzuschlag einzuführen, der sich aus einem Grundbetrag und einem ortsbezogenen Zuschlag, der sich an der Ortvergleichsmiete orientiert, zusammensetzt. Und sie will durch die Verlängerung von Bewilligungszeiten sowie Selbsterklärungen mit Stichprobenprüfungen den Aufwand für Folgeanträge massiv reduzieren und damit erheblichen Druck aus dem Antragssystem nehmen.

Zudem sollen Angaben und Prüftatbestände bei den BAföG-Anträgen reduziert werden sowie Nachweiserfordernisse vereinfacht und für die konkreten Vorschläge eine Expertenkommission einberufen werden.

Wichtig ist der Unionsfraktion ferner eine zeitnah gemeinsam mit den Ländern konkrete Meilensteine verbindlich zu vereinbaren, mit dem übergeordneten Ziel einer vollständigen Digitalisierung des BAföG-Antragsbearbeitungsverfahrens.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,



unser parlamentarisch-demokratisches System hat sich bewährt. Die Gewaltenteilung, der Grundrechtsschutz und ein plurales Parteiensystem haben zur institutionellen und politischen Stabilität beigetragen. Dennoch ist die freiheitliche Demokratie keine Selbstverständlichkeit. Über 70 Prozent der Weltbevölkerung leben in Staaten mit auto-

kratischen oder teil-autokratischen Staatsformen. Und auch in unserem Land vermehren sich die Freunde von Autokratie und Despotie. Umso mehr dürfen wir uns zum 75. Geburtstag unseres Grundgesetzes über eine stabile parlamentarische Demokratie freuen. Ein solcher Jahrestag kann und darf immer auch Anlass sein, um über Verbesserungen nachzudenken. Vor allem aber muss er Anlass sein, das Erreichte wertzuschätzen und für die Bewahrung unserer parlamentarischen Demokratie einzutreten! Ich sehe es daher mit Sorge, wenn der Bundestag zwar in Sonntagsreden viel freundliches Lob erfährt, dann aber wochentags seine Kompetenz bezweifelt oder seine Repräsentationsfunktion delegitimiert wird. Kommissionen, die wesentliche Entscheidungen des Gesetzgebers determinieren, werden von der Regierung und ohne Beteiligung des Parlaments eingesetzt — zuletzt zu einer so wesentlichen Frage wie dem Schutz des ungeborenen Lebens. Immer wieder wird die Einführung von Volksabstimmungen gefordert oder eine starke Rolle für Bürgerräte bei politischen Entscheidungen verlangt — weil man dem Parlament die Kraft zur Integration der verschiedenen gesellschaftlichen Meinungen und Strömungen nicht mehr zutraut. Schließlich stellt eine Identitätspolitik das Fundament der repräsentativen Demokratie in Frage. Denn jeder Abgeordnete ist Vertreter des ganzen Volkes. Und es ist ein Irrglaube, dass bestimmte, streng abgegrenzte Personengruppen als Segmente unserer Gesellschaft nur von ihrerseits im politischen Prozess vertreten werden können. Es ist richtig, dass wir uns mit einer noch stärkeren rechtlichen Absicherung unseres Verfassungsgerichts als Hüter des Grundgesetzes beschäftigen. Um unsere Demokratie zu erhalten, ist allerdings auch ein faires Wahlverfahren zum Bundestag unabdingbar, dass wir uns als Union derzeit erst vor dem Bundesverfassungsgericht erstreiten müssen. Der Schlüssel zur Krisenfestigkeit unserer parlamentarischen Demokratie liegt nicht allein im Grundgesetz. Wenn sich Menschen von unserer Demokratie abwenden, kann sie nicht einmal die beste Verfassung der Welt alleine zurückholen. Von der Demokratie überzeugen können wir sie auf Dauer nur mit guter und verantwortungsvoller Politik. Unsere Demokratie braucht deswegen auch in Zukunft weniger verfassungsrechtliche Experimente als kluge Politik und überzeugte Demokraten.

Herzliche Grüße aus Berlin!

Dr. Günter Krings, MdB  
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW

Foto: Tobias Koch

## Tourismusbranche braucht mehr Wertschätzung und Unterstützung

**Am Montag hat der 25. Tourismusgipfel des Bundesverbands der Deutschen Tourismuswirtschaft stattgefunden. Dazu erklärt die tourismuspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Anja Karliczek:**



„Die Tourismusbranche mit seinen Millionen fleißigen Mitarbeitern und Unternehmern braucht mehr Wertschätzung und Unterstützung. Deswegen müssen geleistete Überstunden steuerlich entlastet werden, damit die Mitarbeiter für ihren Einsatz auch finanziell belohnt werden. Im weltweiten Wettbewerb um Touristen lässt es die Bundesregierung an konkreter Unterstützung vermissen. Die Standortkosten an deutschen Flughäfen sind viel zu hoch und müssen gesenkt werden, damit wir Deutschland als attraktives Reiseziel erhalten und eine weitere Abwanderung von Fluggesellschaften verhindern. Und wir müssen alle Kräfte bündeln, damit das Großereignis Fußball-Europameisterschaft nicht nur für Fußballfans und Touristen aus aller Welt zu einem unvergleichbaren Erlebnis wird, sondern den Tourismusstandort Deutschland langfristig Aufwind bringt.“

Foto: Tobias Koch

## Steuereinbruch deutliches Warnsignal

Attentismus und politische Tristesse endlich beenden

**Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ hat am gestrigen Donnerstag seine Prognose der Steuereinnahmen von Bund, Ländern, Gemeinden und EU vorgelegt. Dazu erklärt der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Christian Haase:**

„Der Steuereinbruch in Höhe von gut 80 Mrd. Euro bis zum Jahr 2028 ist im Wesentlichen das Ergebnis einer beispiellos schlechten Politik der Ampel-Koalition. Permanenter Streit auf offener Bühne verbunden mit einer ideologiegetriebenen und häufig realitätsfernen Politik sind keine vertrauensbildenden Maßnahmen. Sie verschrecken Bürger, Unternehmen und Investoren. Miniwachstum, Insolvenzen und Unternehmensabwanderungen sind die Folge. Wenn die Ampel so weitermacht, ist es nur eine Frage der Zeit, wann dieser Negativtrend auch auf den Arbeitsmarkt durchschlägt. Wir erleben einen veritablen Stillstand in Deutschland in vielen Bereichen, ohne dass die Ampel-Koalition gegensteuert. Die selbsternannte Fortschrittskoalition steht vor dem Scherbenhaufen ihrer Politik. Ihre politische Agenda liegt in Trümmern.

Die Zerstrittenheit zeigt sich aktuell auf massive Art und Weise in der Haushaltspolitik. Ministerien, die die Vorgaben zur Haushaltsaufstellung 2025 nicht einhalten, sowie Fraktionen von SPD und Grünen, die sich für eine ausufernde Schuldenpolitik und das „Schleifen“ der Schuldenbremse aussprechen. Nicht die Schuldenbremse wird - wie von SPD und Grünen gerne suggeriert - zum Wohlstandsrisiko für Deutschland, sondern die Politik der Ampel. Haushaltspolitik hat sich an dem Machbaren zu orientieren. Doch diese Koalition verweigert sich der Realität und lebt über ihre Verhältnisse. Die Liste der Wünsche und Begehrlichkeiten geht weit über die Haushaltsmöglichkeiten hinaus. Die typische Antwort der Koalition: erneut höhere Schulden als im Finanzplan unterstellt.“

### Impressum:

Ausgabe Nr. 08/2024,  
17. Mai 2024

**Landesgruppe NRW** der  
CDU/CSU-Fraktion im  
Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030/ 227-58956  
Fax: 030/ 227-76421

Email:  
[fabian.bleck@cducsu.de](mailto:fabian.bleck@cducsu.de)  
**Redaktion/ Vi.S.d.P.:**  
Karl-Heinz Aufmuth,  
Fabian Bleck

## Wirtschaftsministerium beantwortet Fragen nicht

„Nach wie vor hat es den Anschein, dass der Ausstieg aus der Kernenergie um jeden Preis gewollt war,“ so Klaus Wiener MdB, anlässlich der Befragung im Wirtschaftsausschuss zur Entscheidungsfindung einer möglichen Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke. Der zuständige Berichterstatter, Klaus Wiener weiter: „Überlegungen hinsichtlich des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes oder der Preiseffekte scheinen keine Rolle gespielt zu haben, was für ein grün geführtes Wirtschafts- und Klimaministerium besonders erstaunlich ist. Dass Deutschland seit der Abschaltung der eigenen Kraftwerke Atomstrom aus Nachbarländern bezieht, ist dabei offenbar ebenso wenig ein Problem für das Ministerium wie der Weiterbetrieb der Kernkraftwerke in der Ukraine, so wie Minister Habeck ausführte („Die sind ja schon gebaut“, WELT 06.04.2023). Warum man für bestehende Kernkraftwerke in Deutschland, die nachweisbar den höchsten Sicherheitsanforderungen entsprechen, zu einem anderen Schluss kommt als für Kernkraftwerke in einem Kriegsgebiet, konnte das Ministerium bis heute nicht erläutern. Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion brachte die heutige Befragung im Wirtschaftsausschuss die Erkenntnis, dass weiterhin erheblicher Klärungsbedarf besteht. Wir werden die Aufklärung daher weiter vorantreiben, um festzustellen, ob und wie die Öffentlichkeit hier aus parteitaktischen Erwägungen heraus bewusst getäuscht wurde.“